

Ressort: Politik

Ökonomen warnen vor Staatsbankrott Griechenlands

Berlin, 10.02.2015, 16:05 Uhr

GDN - Ohne Einigung mit seinen Geldgebern droht Griechenland nach Einschätzung führender Ökonomen in Deutschland der Bankrott: "Die Politik in Griechenland und Europa muss dringend eine Einigung finden und wieder Vertrauen schaffen", sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). "Der gegenwärtige Konflikt ist der sichere Weg in die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und damit zu hohen Verlusten auch für den deutschen Steuerzahler."

Auch einen Euro-Austritt Griechenlands hält Fratzscher für denkbar. Ein "Grexit" sei aber ausschließlich eine politische Entscheidung der griechischen Regierung, fügte er hinzu. Alle sollten sich aber bewusst sein, "dass ein `Grexit` Griechenland in eine tiefe wirtschaftliche Depression und Europa wieder in eine Rezession führen könnte". Ein Schuldenschnitt dagegen hänge in erster Linie vom Vertrauen der Finanzmärkte und griechischen Bürger ab. Und auch das ist nach Einschätzung Fratzschers nicht ohne Risiko. "Wenn es zu einer Kapitalflucht und Bankenkrise in Griechenland kommt, dann wird auch die griechische Regierung zahlungsunfähig sein." Ähnlich wie Fratzscher beurteilen auch andere Ökonomen die derzeitige Lage. Der Chefökonom der Commerzbank, Jörg Krämer, taxiert die Wahrscheinlichkeit für einen Euro-Austritt Griechenlands auf 25 Prozent – und begründet dies im Gespräch mit dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe) damit, dass niemand ausschließen könne, "dass eine der beiden Seiten zu hoch pokert, Griechenland zahlungsunfähig wird und aus der Währungsunion fliegt". Allerdings hält Krämer es noch immer für wahrscheinlicher, dass sich beide Seiten am Ende einigen, "selbst wenn es ein fauler Kompromiss wäre", fügte er hinzu. Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, wollte keine konkrete Griechenland-Prognose stellen. "Richtig ist aber, dass die Wahrscheinlichkeit eines `Grexit` deutlich angestiegen ist", sagte Hüther dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). Aus Hüthers Sicht liegt das vor allem daran, dass die neue griechische Regierung ein Programm vorgelegt habe, "bei dem wenig zusammenpasst". Zudem klängen die Verlautbarungen von Premier Alexis Tsipras und seinem Finanzminister Yanis Varoufakis in Griechenland deutlich anders als in bei den Besuchen in Europa. Gleichwohl müsse die Regierung erkennen, dass sie ohne Kompromiss- und Kooperationsbereitschaft nicht erfolgreich sein könne. "Und der Spielraum der Partner ist gering, wenn man nicht das eigenen Gesicht verlieren und die Krisenpolitik desavouieren will", betonte der IW-Chef.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-49513/oekonomen-warnen-vor-staatsbankrott-griechenlands.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619